



FALLSTUDIE

ÜCHTELHAUSEN



EINWOHNER:
CA. 3.700



FLÄCHE:
62,15 KM²



BUNDESLAND: BAYERN
LANDKREIS: SCHWEINFURT

GEPLANTES ENERGIEWENDEVORHABEN:

Windpark mit 6 Windrädern
Konfliktverlauf: Mittel

RAHMENDATEN

Die Gemeinde Üchtelhausen liegt im Norden Bayerns, etwa 10 Kilometer nordwestlich von Schweinfurt.

Üchtelhausen besteht aus mehreren Ortsteilen, die überwiegend ländlich geprägt sind und von Wald- und Feldlandschaft umgeben werden. Die Gemeinde gehört zur Region Main-Rhön.

ZENTRALE AKTEURE:

- Bürger*inneninitiative (BI)
- Bürgermeister
- Windkümmerer
- Forstamt
- Projektierer: Jade Naturenergie

PROJEKTVERLAUF

In Üchtelhausen im Landkreis Schweinfurt planen die Projektierer Jade Naturenergie und ABO Wind 2016 ein Windenergieprojekt. In einem Bürgerentscheid lehnten 57,5 % der Bürger*innen das Vorhaben ab. Der Entscheid war Folge eines Streits zwischen der Kommune und einer Bürger*inneninitiative gegen das geplante Windkraftprojekt. Ein neu gewählter Bürgermeister nutzte das bayerische Windkümmerer-Programm und drehte den Wind in der Kommune. 2022 stimmten 74,4 % in einem vom Bürgermeister vorgeschlagenen Bürgerentscheid für den Windpark, nachdem der Gemeinderat positiv entschieden hatte.

Geplant sind bis zu sechs Anlagen mit strengen Vorgaben: mindestens 1.250 Meter Abstand zur Wohnbebauung und maximal drei Anlagen im Wald. Durch Flächenpooling wurde die Baufläche auf etwa 62 Hektar reduziert und mehr Flächenbesitzer*innen an den Einnahmen beteiligt. Der Baubeginn ist für 2026 vorgesehen.

Die Debatte um das Projekt blieb auch im zweiten Anlauf kontrovers. Die BI zweifelte an der Wirtschaftlichkeit, Windkraft allgemein sowie am Zeitplan des Projekts. Durch intensive Kommunikation, Mediation der Windkümmerer und transparente Planung der Kommune erreichte die Gemeinde dennoch breite Akzeptanz für das Vorhaben.



DER ZENTRALE KONFLIKT DES PROJEKTS

Der zentrale Konflikt in Üchtelhausen zwischen der Gemeindevertretung und den Projektierern auf der einen Seite und der BI auf der anderen, drehte sich um Aspekte des Naturschutzes (Wald- und Artenschutz), Lärm, Infraschall, das Landschaftsbild und befürchtete Wertverluste von nahegelegenen Immobilien. Hinzu kamen Misstrauen gegenüber Projektierern, Gutachtern und Teilen der Gemeindevertretung. Die BI kritisierte die Planungs- und Entscheidungsprozesse als intransparent.



ZENTRALE FAKTOREN, DIE ZUM SCHEITERN FÜHRTEN

✗ Unzureichende Vorbereitung:

- Die Kommune war nicht ausreichend auf den Widerstand, die Argumente und die Organisation der BI vorbereitet.
- In Kooperation mit den Gemeindevertreter*innen der betroffenen Ortsteile konnte die BI einen relativ großen Teil der lokalen Bevölkerung auf ihre Seite ziehen.

✗ Intransparenz- und Beteiligungskritik:

- Fehlendes Vertrauen in Projektierer, Bürgermeisterin und Gutachten
- Kritik von BI an intransparenten Planungs- und Entscheidungsprozessen und Unterstellung von „Hinterzimmer-Deals“.
- Die Bevölkerung empfand die Kommunikation rund um das Vorhaben als zu spät und unzureichend.

✗ Emotional geführte Debatte:

- Die Debatte um das Projekt wurde stark emotionalisiert.

✗ Rechtliche Rahmenbedingungen:

- Die bayerische 10H-Abstandsregel erschwerte das Projekt zusätzlich und bot der Bürger*inneninitiative einen starken Anknüpfungspunkt für ihren Protest.



ZENTRALE FAKTOREN, DIE ZUM ERFOLG FÜHRTEN

✓ Individuelles Engagement:

- Der neu gewählte Bürgermeister stieß das Projekt aus Überzeugung wieder an und holte sich Hilfe vom Windkümmerer-Programm.

✓ Breitere Beteiligung von Flächenbesitzer*innen:

- Ein von den Windkümmerern erarbeitetes Flächenpooling bündelte Pachtinteressen und reduzierte Konflikte.

✓ Adressieren konkreter Bedenken durch Fachämter und Expert*innen:

- Die frühzeitige Einbindung von Forstamt, Naturschutzamt und Regionalplanung und transparente Verfahren erhöhten die Glaubwürdigkeit und reduzierten Unsicherheiten.
- Externe Expert*innen des bayerischen Windkümmerer-Programms moderierten eine Informationsveranstaltung.
- Fachinputs an Thementischen mit Naturschutz-Expert*innen, Stadtwerken und Technik/Brandschutz klärten Fragen zu Waldökologie, Artenschutz, Schall, Schatten und Sicherheit und bauten Fehlinformationen auf.

✓ Abkühlung und Fragmentierung des Protests:

- Nach dem Stopp des Vorhabens zog sich ein Teil der BI zurück, andere Teile gingen bei Neuwahlen in die Gemeindevertretung.
- Die Mobilisierung verlor an Intensität und verlagerte sich in direkte Diskussionen in der Gemeindevertretung.

✓ Gesellschaftlicher und politischer Kontext:

- Der Ukrainekrieg und die Energiepreiskrise erhöhten die Akzeptanz und das Bewusstsein für Versorgungssicherheit.
- Die Lockerung der 10H-Regelung öffnete mehr Flächen und beschleunigte Planungsprozesse.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages